

Kaschmir-Konflikt

Bürgerdialog setzt Zeichen, wo die Politik versagt

von Theo Ebbers

Die Absage der für Anfang diesen Jahres in Kaschmir geplanten Wahlen bedeutet nicht nur für die von Premierminister Narasimha Rao angeführte 'Congress'-Regierung in Delhi eine schwere innenpolitische Niederlage, sondern auch einen weiteren Rückschlag auf dem Weg zum Frieden für das kaschmirische Volk. Die Zentralregierung hatte große Hoffnungen auf diese Wahlen gesetzt, die im Juni vergangenen Jahres aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen um das Grabmal in Chrar e Sharief schon einmal verschoben worden waren. Mit den Wahlen wollte man demonstrieren, daß sich die bürgerkriegsähnliche Situation in Kaschmir entspannt habe, Normalität in das Tal rund um den Dalsee eingekehrt sei und die verschiedenen militanten Gruppierungen die Unterstützung der

kaschmirischen Bevölkerung verloren haben. Die Absage der Wahlen bestätigt dagegen, was Medien und Regierungskritiker seit Monaten nicht müde werden zu betonen: mehr als ein halbes Jahr nach der Entführung der ausländischen Touristen, unter ihnen der Deutsche Dirk Hasert, kommt das Tal nicht zur Ruhe, sind die Fronten zwischen den verschiedenen Konfliktparteien verhärterter als je zuvor. Während kaschmirische Separatisten ihren Forderungen mit Bombenterror in der indischen Hauptstadt Nachdruck verleihen - zuletzt kamen Anfang Januar bei einem vermutlich von kaschmirischen Militanten verübten Bombenanschlag in Delhi mindestens fünf Menschen zu Tode - und über das Schicksal der entführten Ausländer weiterhin Unklarheit besteht, scheint keine der beteiligten Konfliktparteien zu poli-

tischen Gesprächen und Verhandlungen bereit zu sein. Auf eine Wiederaufnahme der Anfang vergangenen Jahres abgebrochenen politischen Gespräche zwischen Pakistan und Indien besteht kaum Hoffnung und eine Beteiligung kaschmirischer Organisationen an Verhandlungen werden von Indien mit der Begründung abgelehnt, diese repräsentierten nicht das Volk Kaschmirs.

Nachdem Premierminister Narasimha Rao den Kaschmiris hinsichtlich ihres Wunsches nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mit seiner Bemerkung "the sky is the limit" zunächst Hoffnung auf eine politische Lösung gemacht hatte, vollzog er zum Jahresende während einer Auslandsreise eine Kehrtwendung, als er sich auf die 1975 zwischen Sheikh Abdullah und Indira Gandhi verabschiedete Vereinbarung berief und zu-



Die Unterdrückung des kaschmirischen Volkes setzt sich fort (Foto: Walter Keller)

rückzug - eine Vereinbarung, die von den Kaschmiris noch heute als tiefe Demütigung und politische Ohrfeige empfunden wird, da in ihr die durch den Artikel 370 der indischen Verfassung garantierte weitgehende Autonomie Kaschmirs zunichte gemacht wird. Während sich die Kaschmiris nach einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen sehnen, wächst die Zahl der im Tal aktiven militanten Gruppen so stark, daß niemand mehr in der Lage ist auch nur einen annähernden Überblick über deren Stärke, Forderungen und politischen Hintermänner zu behalten. Für Indien steht fest, daß letztere in Pakistan zu suchen sind und Indien aus diesem Grunde für die aktuelle Situation im Tal nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Tatsächlich gibt es unwiderlegbare Beweise für die Unterstützung militanter Gruppen durch den pakistanischen Geheimdienst. Dies kann aber für Indien keine Rechtfertigung für die massive Militärpräsenz im Kaschmirtal und die damit verbundene Unterdrückung des kaschmirischen Volkes sein. Wie emotionell geladen und daher schwierig mit In-

dem das Thema Kaschmir zu diskutieren ist, wurde im Dezember auch bei dem von der 'Stiftung Wissenschaft und Politik' organisierten 'Deutsch-indischen Dialog' deutlich. Da begannen indische Tagungsteilnehmer demonstrativ die Zeitung zu lesen oder hielten ein "Nickerchen", wann immer der Konflikt um das Kaschmirtal angesprochen wurde. Mit einer an Arroganz grenzenden Attitüde wiesen sie jedwede Verantwortung Indiens an dem Konflikt zurück, betonten die demokratischen Rechte Indiens, die auch für die "undankbaren Kaschmiris" gelten würden, und beschränkten sich darauf, immer wieder auf die destruktive Rolle Pakistans zu verweisen, das an der Fortdauer des Konfliktes interessiert sei, um von eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken.

Daß es auch anders geht, zeigt die Initiative indischer und pakistanischer Nichtregierungsorganisationen, die nun schon zum zweiten Mal einen Dialog von Bürgern aus den beiden Ländern organisierten. Allein die Tatsache, daß ein solcher Dialog und Austausch zwischen Menschen der verfeindeten südasiati-

schen Nachbarn stattfindet, gibt Anlaß zur Hoffnung - wenn auch keine Hoffnung auf baldigen Frieden, so doch darauf, daß sich in beiden Ländern immer mehr zivilgesellschaftliche Stimmen erheben und so laut werden, daß ihre Forderungen nach einer Beendigung der Streitigkeiten, einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien und einer Demilitarisierung in beiden Ländern von ihren Regierungen nicht mehr länger überhört, ignoriert oder mit Regierungspropaganda übertönt werden können.

Anfang November trafen sich erneut indische und pakistanische Bürger, um gemeinsam über die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern zu diskutieren und nach Wegen zu suchen, die zu einem Abbau der Spannungen zwischen ihnen führen können. Einer der Mitorganisatoren dieser Initiative, der indische Dokumentarfilmer und Menschenrechtsaktivist Tapan Bose, besuchte im Dezember das Südasiabüro und berichtete in einem Gespräch über das Zustandekommen der beiden bisherigen Treffen und erklärte die Ziele eines solchen Bürgerdialogs.

Interview:

Wie entstand die Idee zu diesen Treffen von Bürgern beider Länder?

Schon seit langem setzen sich indische Menschenrechtsaktivisten kritisch mit der Bürgerkriegssituation und der Politik Indiens im Kaschmirtal auseinander. Besonders kritisch beobachten sie die Rolle der im Tal stationierten Sicherheitskräfte und besonders der Armee. Eine dieser Organisationen ist beispielsweise das 'Committee for Initiative on Kashmir', eine andere die 'Peoples Union for Civil Liberties', die in der Vergangenheit immer wieder die Menschenrechtssituation in Kaschmir kritisiert und über Menschenrechtsverletzungen berichtet haben. Diese Menschenrechtsaktivisten und -gruppen sind zwar auch von Vorurteilen und Emotionen gegenüber dem Nachbarn geprägt, doch relativ offen für alternative Sichtweisen und Einschätzungen des Kaschmirkonfliktes. Allerdings haben sie es bisher vermieden, zu den politischen Aspekten des Konfliktes Stellung zu beziehen. Dies wurde von vielen von uns als ein Mangel gesehen und wir erkannten die Notwendigkeit der Schaffung eines offenen Forums, das es den Menschen beider Länder ermöglicht, in einen direkten politischen Dialog miteinander zu treten.

Doch warum solche 'Bürgergespräche'? Wären nicht politische Verhandlungen auf Regierungsebene effizienter?

Seit dem Scheitern der Gespräche zwischen den beiden Außenministern im Januar 1994 hat es keine formellen außenpolitischen Gespräche zwischen Indien und Pakistan gegeben. Seither gebraucht die gegenseitige politische Propaganda, die sich in den Editorials der wichtigsten Medien widerspiegelt, eine solch diffamierende und kriegerische Sprache, wie niemals zuvor. Verbales Säbelrasseln und verbale Gewalt haben zu einer Kriegsmentalität geführt, zu einer so brisanten Situation, daß jederzeit eine bewaffnete Auseinandersetzung, ein Krieg ausbrechen kann - und zwar unabsichtlich und zufällig, von

niemandem wirklich gewollt, aber plötzlich nicht mehr vermeidbar. Die Regierungen haben es in den beinahe 50 Jahren der Trennung nicht geschafft, ihre territorialen Streitigkeiten, wie beispielsweise die Frage des Siachen-Gletschers, zu lösen. Offenbar sind die Regierungen weder willens, noch in der Lage, politische Gespräche zu führen und dabei zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Angesichts des gespannten Verhältnisses und der durch dieses verbale Säbelrasseln vergifteten politischen Atmosphäre zwischen Indien und Pakistan und den vielen Vorurteilen, die gegenseitig gehegt werden, muß es schwierig gewesen sein, Unterstützung für die Idee eines solchen Bürgerdialogs zu finden?

Ja, wir hatten mit unzähligen Schwierigkeiten und Vorurteilen auf beiden Seiten zu kämpfen. Nachdem die Idee für Gespräche dieser Art geboren war, galt es Kontakt aufzunehmen mit gleichgesinnten Gruppierungen und Organisationen in Pakistan. Diese ersten Kontakte und Gespräche wurden nicht publik gemacht, wir informierten weder Presse noch andere Medien. Wir nahmen Kontakt auf zu Freunden, mit denen wir schon in der Vergangenheit in Fragen von Frieden, Religionskonflikten, Menschenrechten und Frauenfragen zusammen gearbeitet hatten und trafen auf eine große Zustimmung und Unterstützung unseres Plans. Große positive Resonanz erhielten wir auch von den führenden Gewerkschaftsverbänden, wie beispielsweise dem 'Indian National Trade Union Congress' oder dem 'Centre for Indian Trade Unions' und selbst vom 'All India Trade Union Congress' erhielten wir positive und ermutigende Signale.

Doch wie reagierte die Regierung auf die Idee ein solches Treffen zu organisieren?

Dieses positive Echo machte uns Mut für die nächsten Schritte, insbesondere die Kontaktaufnahme zur Regierung. Es war geplant,